

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Kolumbien

Datum: 11. März 2014

Kongresswahlen in Kolumbien

Rechtsruck stärkt Opposition gegen Präsident Santos

Kolumbien hat am 9. März 2014 einen neuen Kongress gewählt. 32,8 Millionen Wahlberechtigte waren aufgefordert, 102 Senatoren und 166 Abgeordnete für den Senat und das Repräsentantenhaus zu wählen, das Ober- bzw. Unterhaus des kolumbianischen Parlaments. Die Wahlbeteiligung lag mit knapp 44 Prozent in etwa auf dem Niveau vorheriger Kongresswahlen.

Als stärkste Partei ging die „Partido Social de la Unidad Nacional“¹ (Soziale Partei der Nationalen Einheit) von Staatspräsident Juan Manuel Santos aus den Wahlen hervor. Das Ergebnis bedeutet dennoch einen Dämpfer für Santos: Seine Partei verlor sowohl im landesweit gewählten und politisch bedeutenderen Senat als auch im Repräsentantenhaus, welches die Regionen abbildet, im Vergleich zur Wahl 2010 über 20 Prozent ihrer Sitze. Das bedeutet, dass in Zukunft für Santos ein relativ „gemütliches“ Regieren, wie in der Vergangenheit, ausgeschlossen ist.

Im Ergebnis liegen vier bzw. fünf große Parteien in den beiden Kammern nahe beieinander. Der neue Kongress wird am 20. Juli 2014 seine Arbeit aufnehmen.

Einziger Gewinner ist die erst im Vorjahr gegründete rechtskonservative politische Bewegung „Centro Democrático“² (Demokratisches Zentrum) des ehemaligen Staatspräsidenten Álvaro Uribe Vélez (2002-2010), der an der Spitze seiner Wahlliste selbst in den Senat einzog. Sie wurde zweitstärkste Gruppierung im Kongress sowie viertstärkste im Repräsentantenhaus. In der Hauptstadt Bogotá, die traditionell links wählt, wurde sie sogar zur stärksten Kraft.

Ein beeindruckendes Ergebnis für eine de facto „Ein-Mann-„Partei“, die zwar über eine nationale Senatsliste, aber weder über eine regional verankerte Partei- und Politikerbasis verfügt, noch den offiziellen Status einer Partei hat. Sie setzt sich neben abtrünnigen und reaktivierten Politikern der großen traditionellen Parteien vor allem aus politischen Neulingen zusammen.

¹ kurz: „Partido de la U“ oder „la U“

² Vollständiger Name: „Centro Democrático Mano Firme Corazón Grande“ (Demokratisches Zentrum harte Hand, großes Herz)

Starke Opposition

Kolumbien erhält somit erstmals in der jüngeren Geschichte eine schlagkräftige Opposition. Seit den 1990er Jahren wird Kolumbien von übergroßen, relativ bunten Regierungskoalitionen bestehend aus Parteien von Mitte-links bis -rechts regiert. Die Rolle der Opposition wurde bislang ausschließlich von der Partei „Polo Democrático Alternativo“ (Alternativer Demokratischer Pol) ausgeübt, die den auf nationaler Ebene machtpolitisch marginalisierten linken Rand des Parteienspektrums markiert. Im Rahmen der Möglichkeiten hat sie diese Rolle gut ausgefüllt, jedoch besteht die Opposition im amtierenden Senat somit aus lediglich acht von 102 Senatoren. Oppositionsarbeit war und ist in der kolumbianischen Parteienlandschaft negativ besetzt – und denkbar unbeliebt.

Uribes Bewegung deckt als Opposition nun den einflussreichen rechten Rand des im Kongress vertretenen Parteienspektrums ab, steht im eher konservativen Kolumbien jedoch faktisch in der Mitte der Gesellschaft. Das Wahlergebnis ist somit mit Blick auf die Machtkonstellation im politischen System Kolumbiens ein Markstein und möglicherweise sogar ein Wendepunkt.

Dort, wo das Uribe-Lager zu verorten ist, ist auch die traditionsreiche „Partido Conservador Colombiano“ (Konservative Partei Kolumbiens) angesiedelt, die im Senat und Repräsentantenhaus jeweils drittstärkste Kraft wurde. Auch sie musste herbe Verluste hinnehmen, wird nun aber zum Zünglein an der Waage.

Die heute aus der Partei von Santos sowie der „Partido Liberal“ (Liberale Partei) und „Cambio Radical“ (Radikaler Wandel) bestehende Regierungskoalition der Nationalen Einheit ist geschwächt. Ihre Handlungsfähigkeit bleibt abzuwarten und hängt ganz wesentlich von den weiteren Schritten der Konservativen ab, auf deren Unterstützung sie angewiesen sein wird, will sie wichtige Gesetzesvorhaben voranbringen. Beinahe zwölf Jahre lang war die Konservative Partei Teil der Regierungskoalition zunächst von Uribe und dann von Santos. Erst im Januar dieses Jahres war diese aus der Regierung ausgeschieden, um das eigene Profil mit Blick auf die im Mai 2014 anstehenden Präsidentschaftswahlen zu stärken.

Ruhiger Wahlkampf und friedlicher Verlauf der Wahl

Der Wahlkampf verlief erstaunlich leise. Auch von inhaltlicher Auseinandersetzung war kaum etwas zu spüren. Selbst die Konfrontation zwischen den politischen Lagern um Santos und Uribe gewann über das seit Beginn der Friedensgespräche vor eineinhalb Jahren bestehende, aggressive „Grundrauschen“ von Uribe gegen den Amtsinhaber hinaus kaum an Intensität.

Ursache ist die – wenn man das Thema Frieden ausblendet – wenig konfliktive politische Kultur Kolumbiens. Vieles wird nicht ausgesprochen, so manches unter den Teppich gekehrt. Oft geht es im Wesentlichen darum, sich in Position zu bringen und Zugang zur Macht zu bekommen. In Kolumbien gelingt dies traditionell im Stillen. Beispielhaft ist die vielgesichtige Regierungskoalition von Santos: Weder gibt es einen Zusammenschluss von politisch gleich oder ähnlich gesinnten, noch eine Zweckgemeinschaft der Parteien zur Durchsetzung eigener programmatischer

Zielsetzungen. Seit jeher sind Regierungskoalitionen in Kolumbien vor allem Zusammenschlüsse der individuellen Interessen von Politikern.

Reaktionen auf den Wahlausgang

Die Reaktionen auf den Wahlausgang waren sehr unterschiedlich: Präsident Santos gratulierte in einer ersten Reaktion noch am Wahlabend dem frischgewählten Senator Uribe zum Wahlergebnis und verlieh der Hoffnung Ausdruck, „[gemeinsam] für das Land arbeiten zu können“.

Uribe wandte sich an die Wähler, indem er davon sprach, „für San Andrés“³, „für die demokratischen Dissidenten in Venezuela“ sowie „gegen den Castro-Chavismus gestimmt zu haben“, den „einige nach Kolumbien bringen möchten“.

In Richtung der Regierung meldete sich Uribe dann zwei Tage nach der Wahl zu Wort, indem er in einem Radiointerview und in Pressemitteilungen den Wahlausgang infrage stellte. Im Mittelpunkt der Kritik: In den Zwischenergebnissen am Wahlabend hatte Uribe mit seinem „Centro Democrático“ in den ersten Stunden der Auszählung deutlich vor der Partei von Santos gelegen.

Das Blatt wendete sich dann innerhalb kürzester Zeit zugunsten von Santos. Darüber hinaus formulierte er zahlreiche weitere, eher als kurios einzuordnende Vorwürfe. Es ist davon auszugehen, dass sich die Vorwürfe nicht bestätigen und schnell der Übergang zum politischen Alltag erfolgen werde.

Ein Lichtblick: Die Wahlen verliefen landesweit friedlich, was angesichts des seit 50 Jahren andauernden bewaffneten Konflikts keine Selbstverständlichkeit ist. Verteidigungsminister Juan Carlos Pinzón bestätigte in einer Ansprache, dass es sich um die „friedlichsten Wahlen der vergangenen 20 Jahre“ gehandelt habe. Offiziell wurde am Wahltag nur ein Angriff der FARC (Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia) gemeldet. Bei den letzten Kongresswahlen im Jahr 2010 seien es noch zehn gewesen. Fünf Bomben und andere Sprengkörper wurden am Wahltag entschärft. Und auch sonstige Gewalttaten gegen Wähler und Politiker oder Verstöße gegen das Wahlrecht lagen nach offiziellen Angaben deutlich unter den bei vergangenen Kongresswahlen gemeldeten Zahlen.

Allein die prominente Platzierung dieser Meldung auf den ersten Seiten der Tageszeitungen und deren Internetseiten sowie die Übertragung in den Fernsehnachrichten zeigt, wie weit Kolumbien trotz aller Erfolge noch von der friedlichen Normalität anderer Länder in der Region entfernt ist. Es zeigt auch, dass das Thema Sicherheit ein wichtiges Politikum ist – für die Menschen in Kolumbien das wohl wichtigste Thema überhaupt. Jede Regierung in Kolumbien wird zuvorderst an ihren Erfolgen bei der Inneren Sicherheit gemessen.

³ Vgl. Absatz zum „Ausblick auf die Regierungsfähigkeit“ auf Seite 5
Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Kolumbien_11. März .2014

Ex-Präsident Uribe eigentlicher Gewinner dieser Wahl

Vor diesem Hintergrund darf es daher kaum überraschen, dass der sehr beliebte Uribe – kein Präsident der jüngeren Geschichte kann vergleichbare Popularitätswerte während und nach seiner Amtszeit aufweisen – mit seiner Bewegung „Centro Democrático“ so gut abgeschnitten hat. In dessen Regierungszeit hatten sich die Sicherheitslage im Land und auch die Wirtschaft massiv verbessert. Von einem beinahe „gescheiterten Staat“ entwickelte es sich zu einem Vorzeige-Schwellenland in Lateinamerika unter Uribe innerhalb von nur acht Jahren.

Zwar war ein Wahlerfolg in dieser Dimension in Umfragen vorausgesagt worden, das Ergebnis war dennoch ein Paukenschlag. Uribe ist ein erbitterter Gegner von Präsident Santos und hatte sich mit letzterem über dessen Sicherheits- und Friedenspolitik sowie den außenpolitischen Kurs gegenüber linken Regierungen der Region, allen voran Venezuela, entzweit. Dennoch dürfte er nun von vielen Wählern nicht in erster Linie wegen seiner aktuellen politischen Positionen gewählt worden sein, sondern aufgrund seiner Meriten. Uribe ist eine politische Marke und wo „Uribe“ darauf steht, ist es beinahe egal, was drin ist – die Wähler machen ihr Kreuz.

Santos und Uribe: Entzweite Weggefährten

Die heute Santos unterstützende „Partido de la U“ hatte sich interessanterweise im Jahr 2005 gegründet, um die Wiederwahl von Uribe zu ermöglichen, der diese dann im Streit über den eingeschlagenen Verhandlungsweg zum Frieden vor knapp zwei Jahren wieder verließ. Dies steht beispielhaft für die Beliebigkeit der meisten Parteien und die Fragilität des kolumbianischen Parteiensystems, das seit Inkrafttreten der modernen Verfassung von 1991 durch häufige Parteiwechsel und die Gründung von Parteien durch führende Politiker gekennzeichnet ist.

Präsident Santos hatte noch bis zum Jahr 2010 als Verteidigungsminister im Kabinett Uribe gedient und war damit ein zentraler Pfeiler bei dessen innerkolumbianischer Sicherheitspolitik der „Seguridad Democrática“. Santos wurde mit und vor allem aufgrund der Unterstützung durch Uribe, der nach zwei Amtszeiten trotz massiver Versuche, ein Urteil des Verfassungsgerichts zu seinen Gunsten zu erzwingen, nicht mehr antreten durfte, in das Präsidentenamt gewählt. Uribe verband damit die Erwartung, dass Santos die gemeinsame eindimensionale und harte sicherheitspolitische Linie fortführen würde. Das stellte sich als Fehleinschätzung heraus.

Santos leitete stattdessen Friedensverhandlungen ein, ohne jedoch die militärischen Bemühungen zurückzufahren. Die Kampfhandlungen gehen landesweit weiter. Seit Oktober 2012 finden in der kubanischen Hauptstadt Havanna ergebnisoffene Verhandlungen mit der FARC statt, der bedeutendsten Guerilla im Land. Gespräche mit der zweitgrößten Guerilla ELN (Ejército de Liberación Nacional) sollen folgen. Santos geht es um die Lösung dieser historischen Aufgabe.

Die Verhandlungen hatte er von langer Hand mit entsprechenden Gesetzen und zeitgleichen Geheimverhandlungen mit Vertretern der FARC vorbereitet. Zweifellos handelt es sich für Kolumbien um die wichtigste politische Initiative des letzten Jahrzehnts, die angesichts von 220.000 Toten und über 5 Millionen Vertriebenen nicht

hoch genug eingeschätzt werden kann. Dennoch erhielt Uribe, der größte Kritiker des aktuellen Friedensprozesses, nun bei den Kongresswahlen die Stimmen sehr vieler Kolumbianer. Wie passt das zusammen?

Zum einen hat sich Uribe in seiner achtjährigen Amtszeit große Verdienste bei der Inneren Sicherheit erworben. Er hat weiten Teilen der Bevölkerung die Bewegungsfreiheit zurückgegeben, indem er durch eine Politik der harten Hand die Guerillas massiv geschwächt und in eher abgelegene Zonen zurück gedrängt hat – wo sie auch heute noch sind.

Zum anderen sind Friedensverhandlungen in Kolumbien kein positives Wahlkampfthema und bieten reichlich politischen Zündstoff. Die Kolumbianer sehen die Verhandlungen mit Vorbehalten. Sehr viele zweifeln nach den negativen Erfahrungen der Vergangenheit an der Vertrauenswürdigkeit der FARC und an ihrem Willen zum Frieden. Zwar hat sich laut Umfragen die Zustimmung zum Friedensprozess im Verlauf der Verhandlungen erhöht, liegt aber dennoch bei nur rund 50 Prozent. Uribe verkörpert die Position der vielen Kritiker des Prozesses, indem er Verhandlungen mit der FARC auf Augenhöhe und Straffreiheit grundsätzlich ausschließt sowie Vorbedingungen für Gespräche stellen will. Dazu gehören zuvorderst die bedingungslose Einstellung der Kampfhandlungen und die Waffenabgabe durch die FARC.

Nicht zuletzt trägt auch Santos selbst zum Erfolg seines Widersachers bei: Er hat es bis heute versäumt, den Weg zum Frieden ausreichend zu erläutern. Ohne Friedenspädagogik und eine Vorstellung sowohl des Wegs als auch des Ziels der Reise, wird die kolumbianische Gesellschaft ihr Ticket für den Zug zum Frieden nicht einlösen. Dieser ist für das Erste ohne die Menschen abgefahren.

Ausblick auf die Regierungsfähigkeit

Die Auswirkungen des Wahlergebnisses auf den Politikalltag in Kolumbien und die Regierungsfähigkeit von Präsident Santos bleiben abzuwarten. Viel wird davon abhängen, ob die in beiden Kammern drittstärkste Kraft, die „Partido Conservador Colombiano“, die Politik der Regierung Santos in zentralen Fragestellungen unterstützt, oder sich mit dem Uribe-Lager verbündet. Die Konservativen waren schon für Uribe in seiner Amtszeit als treuer Koalitionspartner eine entscheidende Machtquelle und sozusagen Königsmacher – und später auch für Santos.

Sicher ist schon jetzt, dass Uribes „Centro Democrático“ die Regierung, insbesondere beim Friedensprozess, zuvorderst hinsichtlich der Frage der strafrechtlichen Behandlung der Haupttäter aus den Reihen der FARC unter Druck setzen wird. Mit seiner Ablehnung einer Straffreiheit kann sich Uribe der Zustimmung der großen Mehrheit der Bevölkerung sicher sein.

Auch in der Außenpolitik gegenüber Venezuela, Nicaragua und anderen ALBA- Staaten⁴ sowie Kuba wird er die Regierung weiter unter Druck setzen. Insbesondere die

⁴ Die Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika („Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América“, ALBA) ist ein wirtschaftliches und politisches Bündnis von derzeit neun Staaten Lateinamerikas und der Karibik. Das Bündnis soll eine Alternative zur von den [USA](#) geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone [ALCA](#) darstellen.

mögliche Befolgung eines Urteils des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag über die Abtretung eines riesigen Seegebiets an Nicaragua, um die weiterhin bei Kolumbien verbleibenden Inseln San Andrés und Providencia, ist Gegenstand von Kontroversen. Die zurückhaltende und auf Diplomatie setzende Politik von Santos ist ein wesentlicher Konfliktpunkt. Die venezolanische Regierung führt schon seit langer Zeit einen verbalen Krieg gegen Uribe, der selbst gegen einen „Castro-Chavismus“ agitiert. Der venezolanische Außenminister Elías Jaua bezeichnete ihn kürzlich sogar als „Mörder“ und „Paramilitär“, der für die derzeitigen Unruhen in Venezuela verantwortlich sei.

Jenseits der Tatsache, dass Venezuelas Regierung keinesfalls als moralisch-rechtliche Instanz taugt, wird Uribe auch im eigenen Land immer wieder mit Paramilitärs in Verbindung gebracht. Bislang ist es jedoch aufgrund seiner Immunität als Ex-Präsident ohne neuerliches politisches Mandat und auch aus innenpolitischen Gründen zu keiner Anklage gegen ihn gekommen. Ermittlungen in seinem Umfeld laufen schon seit längerer Zeit, und einige seiner engsten sicherheitspolitischen Verbündeten in Politik, Militär und Geheimdienst wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Daher steht weiterhin ein zumindest kleines Fragezeichen, ob Uribe sein Senatsmandat im kommenden Juli überhaupt antreten wird. Seine Popularität und sein stabiles Netzwerk werden aber wohl auch in Zukunft der beste Schutz für ihn sein.

Santos kann mit dem Kern seiner Regierungskoalition schon jetzt auf die Unterstützung von 47 Senatoren rechnen. Unterstützt ihn künftig weiterhin – zumindest punktuell-pragmatisch – die Konservative Partei, so käme er mit 66 der 102 Senatssitze auf eine Mehrheit in beiden Kammern. Im Repräsentantenhaus hat er mit 92 von 166 Abgeordneten schon jetzt die Mehrheit hinter sich.

Konservative Partei ist intern gespalten

Parteiintern ist die Frage einer weiteren Unterstützung der Präsidentschaft von Santos bei den Konservativen noch nicht endgültig geklärt, auch wenn zwischenzeitlich bereits mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 auf Druck und mit den Stimmen der Basis mit Martha Lucía Ramírez eine eigene Kandidatin gewählt wurde. Wichtig in diesem Zusammenhang und Ausdruck der komplizierten Gemengelage: Ramírez war noch im Januar 2013 Gründungsmitglied der Uribe-Bewegung „Centro Democrático“ und schlug sich dann auf die Seite der Konservativen. Zuvor war sie Mitglied der „Partido de la U“ gewesen.

Der andere Parteiflügel bevorzugt hingegen die Unterstützung der Wiederwahl von Santos und damit eine Wiederaufnahme der Koalition. Drei Viertel der Senatoren und Repräsentanten der Partei stehen für diese Position, stellen sich damit offen gegen die eigene Kandidatin und sitzen damit wohl am längeren Hebel. Zudem wird der Ablauf der Kandidatenwahl und damit die Gültigkeit der Nominierung von Ramírez derzeit durch die Wahlbehörde CNE (Consejo Nacional Electoral) auf ihre formelle Rechtmäßigkeit geprüft.

Hinzu kommt die parteiinterne Trennlinie zwischen den Befürwortern der Friedensverhandlungen und den Gegnern derselben, die zwar tendenziell, aber nicht in Gänze mit diesen beiden Gruppen übereinstimmt. All das macht die Konservativen

zum alles entscheidenden Akteur der kommenden Monate. Die weitere Entwicklung darf daher mit doppelter Spannung verfolgt werden.

Auswirkungen auf den Friedensprozess

Trotz des starken Abschneidens des Uribe-Lagers scheint bei aller Vorsicht in der Analyse die politische Unterstützung für den Friedensprozess auch in der neuen Zusammensetzung des Kongresses gegeben zu sein. Mehr als zwei Drittel der gewählten Senatoren und Repräsentanten aller Parteien werden zu den Unterstützern des Prozesses gezählt. Das ist ganz entscheidend, denn der Fraktionszwang ist im kolumbianischen Kongress nur sehr schwach ausgeprägt. Auch die linken Parteien „Partido Verde“ (Grüne Partei) und „Polo Democrático Alternativo“ (Alternativer Demokratischer Pol) stützen den Präsidenten bei seiner Friedenspolitik.

Bei den derzeitigen Friedensgesprächen spielt das Parlament allerdings keine aktive Rolle. Der Dialog in Havanna findet ausschließlich zwischen Vertretern von Regierung und FARC statt. Eine Friedensvereinbarung würde nur von diesen beiden Verhandlungsparteien beschlossen werden. Zur Bestätigung des Abkommens wird es aller Voraussicht nach danach ein landesweites Referendum geben. Dem Kongress kommt bislang allenfalls die Rolle eines Multiplikators und Vermittlers gegenüber dem Wahlvolk zu – und selbst das nur sehr eingeschränkt.

Nach derzeitigem Stand ist weiterhin davon auszugehen, dass es tatsächlich in einigen Monaten zu einer Friedensvereinbarung kommen wird. Natürlich bedeutet dies nicht von einem Tag auf den anderen Frieden für Kolumbien. Die Implementierung der Vereinbarung wird ein langer und steiniger Weg. Bei deren Kanalisierung in Gesetze wird dem Kongress dann eine entscheidende Rolle zukommen. Hier könnte ein mögliches Bündnis aus Uribes „Centro Democrático“ und der „Partido Conservador“ zu einem Blockadefaktor werden. Die Koalitionsbildung nach der Präsidentschaftswahl bleibt daher abzuwarten.

Präsidentschaftswahlen

Da die Präsidentschaftswahlen in zwei Monaten bereits stattfinden werden, geht der Blick in diese nahe Zukunft. Erst danach lässt sich das machtpolitische Puzzle endgültig zusammenfügen. Santos ist und bleibt angesichts eher schwacher Gegenkandidaten der große Favorit.

Das Uribe-Lager wird vermutlich in der Oppositionsrolle verbleiben. Im Grundsatz eine durchaus gesunde Konstellation, aus der positive Impulse für die kolumbianische Demokratie entspringen könnten.

Die politischen Akteure, die sich derzeit von Santos distanzieren, oder genauer gesagt, emanzipieren, werden wohl schon bald wieder Anschluss suchen und künftig formeller oder informeller Koalitionspartner sein. In Kolumbien bleibt niemand gerne alleine in der Opposition.

Benjamin Bobbe

Der Autor ist Leiter der Vertretungen der Hanns-Seidel-Stiftung in Bogotá/Kolumbien und Caracas/Venezuela

Im Anhang: Übersicht der Wahlergebnisse

IMPRESSUM

Erstellt: 11.03.2014

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2014

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Dr. Susanne Luther

Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de

| Senat | | | | | |
|---------------------------|------------------|---------------|--------------|-------------|--------------------|
| Partei | Stimmen | % | Sitze | | Veränderung |
| | | | 2014 | 2010 | |
| P. DE LA U | 2.230.208 | 15,58% | 21 | 28 | -7 |
| CENTRO DEMOCRATICO | 2.045.564 | 14,29% | 19 | | 19 |
| P. CONSERVADOR | 1.944.284 | 13,58% | 19 | 22 | -3 |
| P. LIBERAL | 1.748.789 | 12,22% | 17 | 17 | 0 |
| CAMBIO RADICAL | 996.872 | 6,69% | 9 | 8 | 1 |
| ALIANZA VERDE | 564.663 | 3,94% | 5 | 5 | 0 |
| POLO DEMOCRATICO | 541.145 | 3,78% | 5 | 8 | -3 |
| OPCION CIUDADANA | 527.124 | 3,68% | 5 | 9 | -4 |
| Sitze für Indigene | | | 2 | 2 | 0 |
| Markiert "Enthaltung" | 746.659 | 5,21% | | | |
| Nicht markiert | 842.615 | 5,88% | | | |
| Ungültig | 1.485.567 | 10,38% | | | |

Quelle/Stand: 40. Mitteilung Registraduría General del Estado Civil vom 11.03.2014

| Repräsentantenhaus | | | | | |
|-----------------------------------|------------------|---------------|--------------|-------------|--------------------|
| Partei | Stimmen | % | Sitze | | Veränderung |
| | | | 2014 | 2010 | |
| P. DE LA U | 2.297.786 | 16,05% | 37 | 47 | -10 |
| P. LIBERAL | 2.022.093 | 14,13% | 39 | 35 | 4 |
| P. CONSERVADOR | 1.884.706 | 13,17% | 27 | 37 | -10 |
| CENTRO DEMOCRATICO | 1.355.358 | 9,47% | 12 | 0 | 12 |
| CAMBIO RADICAL | 1.108.502 | 7,74% | 16 | 15 | 1 |
| ALIANZA VERDE | 479.521 | 3,35% | 6 | 3 | 3 |
| OPCION CIUDADANA | 467.728 | 3,26% | 6 | 12 | -6 |
| POLO DEMOCRATICO | 414.346 | 2,89% | 3 | 5 | -2 |
| MIRA | 411.800 | 2,87% | 3 | 1 | 2 |
| POR UN HUILA MEJOR | 73.573 | 0,51% | 1 | | 1 |
| AUTORID. INDIGENAS DE COL. | 65.888 | 0,46% | 1 | | 1 |
| PARTIDO ALIANZA SOCIAL I. | 46.789 | 0,32% | 1 | 1 | 0 |
| MOVIMIENTO DE INTEG. REG. | 4.440 | 0,03% | 1 | 1 | 0 |
| Sitz für Indigene | | | 1 | 1 | 0 |
| Sitze für Afro-Kolumbianer | | | 2 | 2 | 0 |
| Markiert "Enthaltung" | 824.956 | 5,76% | | | |
| Nicht markiert | 489.853 | 3,42% | | | |
| Ungültig | 1.750.071 | 12,23% | | | |

Quelle/Stand: 40. Mitteilung Registraduría General del Estado Civil vom 11.03.2014